



## Thorsten Frei sieht in Forschung Schlüssel zum Erfolg

Villingen-Schwenningen,  
23.08.2019

**Thorsten Frei MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73 972  
Fax: +49 30 227-76 972

**Wahlkreisbüro:**  
Justinus-Kerner-Straße 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Telefon: +49 7721 99 535 44  
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de  
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.  
Thorsten Frei MdB

Markus Fink hat Anfang August Ralph Wurster als Geschäftsführer der Südwestmetall-Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau abgelöst. Nach kurzen Gesprächen jüngst beim Südwestmetall-Sommerfest im Neubau beim Landratsamt ergab sich nach dem vollzogenen Wechsel für Thorsten Frei nochmals die Gelegenheit, sich bei Ralph Wurster - er arbeitet nun als Geschäftsführer bei Südwestmetall Neckar-Fils in Esslingen - für den stets sehr guten Informationsaustausch zu bedanken und den in Villingen lebenden Markus Fink, den Frei schon seit Jahren gut kennt, einen guten Start zu wünschen. Gesprächsthemen waren die sich abschwächende Konjunktur und die anstehende Tarifrunde.

Fink und Wurster rechnen aktuell mit einer deutlichen Konjunkturabschwächung. Die Kurzarbeit werde zum Jahresende hin generell deutlich zunehmen, ist sich Markus Fink sicher. Die Ursachen sieht Ralph Wurster nicht nur in globalen Marktveränderungen, also durch den Handelsstreit zwischen den USA oder China oder durch den anstehenden Brexit. Die Südwestmetall-Vertreter wünschen sich auch von der Politik klare Signale über eine entsprechende Steuerpolitik, die den Mittelstand entlastet und so mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung ermöglichen, um Deutschland wettbewerbsfähig zu halten. Fink ergänzte, dass gerade in solch wirtschaftlich schwierigen Zeiten Gesetzesvorhaben nicht zu Lasten der Flexibilität von Unternehmen gehen dürften. Aus diesem Grund forderte er künftig flexiblere Regelungen im Arbeitszeitgesetz sowie die Beibehaltung der sachgrundlosen Befristung.

Thorsten Frei bewertete die Lage der Wirtschaft trotz der Eintrübung als immer noch stabil. Sollte sich die Konjunktur aber weiter abschwächen und die Zahl der Kurzarbeiter steigen, werde die Politik mit entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen versuchen, Entlassungen in den betroffenen Betrieben zu vermeiden. Zugleich wolle die Bundesregierung die Quote von derzeit drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus öffentlichen und privaten Mitteln mit staatlicher Unterstützung auf 3,5 Prozent heben. Damit würde Deutschland international an der Spitze stehen.



Mit Blick auf den Ende März 2020 auslaufenden Tarifvertrag für Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie haben die beiden Arbeitgebervertreter die Hoffnung nicht nur auf maßvolle Gehaltsforderungen, sondern auch auf mehr Flexibilität für die Arbeitgeber in Bezug auf die 2018 beschlossenen Tarifregelungen zur Arbeitszeit. Das Modell habe sich auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel im Land nicht bewährt, weil es die Handlungsspielräume zu sehr eingeengt habe.